

Demokratie und Menschenrechte stärken: Was bedeutet Solidarität in herausfordernden Zeiten?

In Zeiten globaler Krisen und gesellschaftspolitischer Spannungen ist es wichtig über Demokratie- und Menschenrechtsbildung nachzudenken und für diese einzustehen. Das kann in vielfältiger Weise geschehen: Menschen können sich für die Freiheit und Rechte von Einzelnen und Gruppen einsetzen und sich mit ihnen solidarisieren oder sich selbst gegen Ungleichheiten und Machtmissbrauch positionieren. Demokratie- und Menschenrechtsbildung bietet die Möglichkeit, Begriffe wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Menschenwürde gegenwartsbezogen und aus dekolonialer Perspektive neu zu verhandeln und ihre Bedeutung in der Auseinandersetzung mit institutioneller oder struktureller Gewalt und Benachteiligung hervorzuheben.

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich die Ringvorlesung mit der Frage: Wie können in solidarischen und konvivialen Praxen und Strukturen Menschenrechte und Demokratie verteidigt werden und welche Rahmenbedingungen sind dafür erforderlich?

Die Vortragsreihe legt einen besonderen Wert auf die interdisziplinäre Auseinandersetzung mit dieser Frage und richtet sich an Studierende, Dozierende, Bildungsverantwortliche, Multiplikator*innen sowie an externe interessierte Personen. Sie findet in hybrider Form an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg statt. Für die Teilnahme ist eine Anmeldung unter cmc.sekretariat@uol.de erforderlich.

Referent*innen im Sommersemester 2025

- ❖ 13.05.2025 18-20 Uhr c.t. Prof. Dr. Paul Mecheril: Ohne Rassismuskritik kann Demokratie keine Demokratie sein. Überlegungen zu Politischer Bildung der Gegenwart
- ❖ 20.05.2025 18-20 Uhr c.t. Prof. Dr. Rudolf Leiprecht: Menschenrechtsbildung und selbstkritisches Erinnern in der Migrationsgesellschaft – Vergegenwärtigungen der NS-Verbrechen
- ❖ 03.06.2025 18-20 Uhr c.t. Prof.in Dr.in Heike Radvan: Geschlecht und Rechtsextremismus. Forschungs- und Praxisansätze in der Rechtsextremismusprävention
- 10.06.2025 18-20 Uhr c.t. Dr.in Nahed Samour: Internationale Gerichte und Menschenrechte.

 Deutschlands Verantwortung bei Genozidfällen

^{*}Solidarität: Die ursprüngliche Formulierung des Artikel 1 in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen beinhaltet den Begriff "Brüderlichkeit", welcher vom Deutschen Institut für Menschenrechte und Amnesty International Deutschland mit dem Begriff "Solidarität" ersetzt wurde.